



BU 188 / 2017

Stadt Weinstadt
Prüfungsamt

Bericht
über die
örtliche Prüfung

Jahresrechnung
2016



Vorblatt

Stadt		Weinstadt
Einwohnerzahl	(Stand 30.06.2015) (Stand 30.06.2016)	26.445 26.887 ¹⁾ lt. Melderegister
Leiter der Verwaltung bis 12.12.2016 seit 13.12.2016		Oberbürgermeister Oswald Oberbürgermeister Scharmann
Erster Beigeordneter seit 07.02.2011		Erster Bürgermeister Deißler
Fachbeamter für das Finanzwesen seit 01.03.2006		Herr Weingärtner
Leiter des Prüfungsausschusses seit 01.12.2012		Herr Ißler
Datenschutzbeauftragte seit 01.12.2014 von 19.07.2016 bis 31.03.2017		Frau Sartorius Frau Hampele

¹⁾ Den Vergleichszahlen in €/Ew. liegt die Einwohnerzahl zum 30.06.2015 zugrunde, da für 2016 vom Statistischen Landesamt noch keine Zahlen veröffentlicht wurden. Einwohnerzahlen auf Basis Zensus 2011

	Impressum
Herausgeber	Stadt Weinstadt Prüfungsamt
Stand	25. August 2017
Kontakt	Stadt Weinstadt Prüfungsamt Dietmar Ißler Traubenstraße 2 71384 Weinstadt Tel.: 07151 / 693-101 rpa@weinstadt.de



Inhaltsverzeichnis

Vorblatt	2
Inhaltsverzeichnis	3
I. Wesentliche Ergebnisse der Prüfung	5
II. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
1 Gesamtwirtschaftliche Lage	6
2 Entwicklung der Kommunalfinanzen	6
III. Prüfungstätigkeit im Berichtszeitraum	9
3 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015.....	9
4 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2016.....	9
5 Örtliche Prüfung der Eigenbetriebe	9
6 Weitere Aufgaben	9
IV. Überörtliche Prüfung	10
7 Allgemeine Finanzprüfung der Wirtschaftsjahre 2011 – 2014	10
V. Haushaltswirtschaft der Stadt	10
8 Haushaltssatzung 2016	10
9 Jahresrechnung 2015	10
10 Jahresrechnung 2016	10
11 Kassenmäßiger Abschluss.....	11
12 Rechnungsergebnis	11
13 Haushaltsvolumen und Planvergleich	11
14 Kassenreste.....	12
15 Haushaltsreste	12
VI. Verwaltungshaushalt	13
16 Realsteuern	13
17 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	15
18 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	15
19 Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen.....	15
20 Finanzzuweisungen	15
21 Umlagen	15
22 Verwaltungs- und Betriebsbereich	16
23 Betriebseinnahmen	17
24 Betriebsausgaben	18
25 Gesamtverlauf	22



26	Zuführung zum Vermögenshaushalt	22
27	Netto-Investitionsrate	22
VII.	Vermögenshaushalt	24
28	Investitionen.....	24
29	Rücklagen.....	24
30	Liquidität	24
31	Vermögensrechnung.....	24
32	Schuldenstand	25
VIII.	Wesentliche Ergebnisse der örtlichen Prüfung	26
33	Telefonanlage	26
34	Friedrich-Schiller Schule	26
35	Nahwärmeversorgung.....	26
36	Abrechnung freier Träger von Kindertageseinrichtungen	27
37	Bäder	27
38	VOB.....	27
39	HOAI.....	27
40	Städtebauliche Sanierungen	27
41	Energiemanagement.....	27
42	Kassenprüfungen.....	28
IX.	Abschließendes Ergebnis der Prüfung.....	28
Anlage 1	Kennzahlen der Finanzwirtschaft.....	29
Anlage 2	Kassenbestand.....	30
Anlage 3	Verzeichnis der Prüfberichte.....	31



I. Wesentliche Ergebnisse der Prüfung

Die **Formalien** für den Erlass der Haushaltssatzung und die Aufstellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht wurden eingehalten.

Die Netto-Steuereinnahmen sind um 2,7 Mio. € gestiegen	↗	26,8 Mio. €
Die Betriebseinnahmen haben sich um 1 Mio. € erhöht	↗	12,3 Mio. €
Die Personalausgaben sind um 1,4 Mio. € gestiegen	↘	19,1 Mio. €
Die übrigen Betriebsausgaben sind um 940 T€ gewachsen	↘	14,2 Mio. €
Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt stieg um 1,3 Mio. €	↗	5,8 Mio. €
Die Netto-Investitionsrate hat um 1,3 Mio.€ zugenommen	↗	3,6 Mio. €
Die Investitionsausgaben sind um 4,8 Mio. € gestiegen	↗	13,4 Mio. €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	→	0,0 Mio. €
Bestand der allgemeinen Rücklage	→	1,8 Mio. €
Frei verfügbare Mittel der allgemeinen Rücklage	↘	0,7 Mio. €
Der Soll-Schuldenstand (incl. kreditähnliches Rechtsgeschäft) hat um 6,2 Mio. € zugenommen	↘	16,4 Mio. €

Die Feststellungen der Sachprüfungen konnten im Prüfungsverfahren ausgeräumt werden.

↗ = Ergebnis besser als im Vorjahr

↘ = Ergebnis schlechter als im Vorjahr



II. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1 Gesamtwirtschaftliche Lage

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war 2016 durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum von 1,9 % gekennzeichnet. Dies schlug sich in weiterhin leicht rückläufigen Arbeitslosenzahlen nieder, die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt bei 6,1% (2015: 6,4%)

Der Anstieg der Preise blieb dank insgesamt sinkender Energiepreise mit +0,4% gegenüber dem Vorjahr moderat.

Quellen: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 04/2017

2 Entwicklung der Kommunalfinanzen

Soweit nicht anders bezeichnet, berücksichtigen die nachfolgenden Ausführungen die baden-württembergischen Gemeinden, Städte, Stadt- und Landkreise sowie den Kommunalverband für Jugend und Soziales jeweils ohne Eigenbetriebe.

Der Finanzierungssaldo hat aufgrund weiterhin hoher Steuereinnahmen, trotz der steigenden Ausgaben, auf insgesamt 1,2 Mrd. EUR zugenommen. Allerdings ist bei den kreisangehörigen Gemeinden ein spürbarer Rückgang von 703 Mio. EUR auf 547 Mio. EUR eingetreten.

Für die nächsten Jahre wird ein moderates Wirtschaftswachstum mit entsprechend positiven Auswirkungen prognostiziert. Für das laufende Jahr 2017 dürfte der Finanzierungssaldo nochmals auf ähnlichem Niveau wie 2016 liegen, für 2018 ist mit einem Rückgang des Finanzierungssaldos zu rechnen.

Aus dem Saldo der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und dem Abzug der ordentlichen Tilgungen ergibt sich die Netto-Investitionsrate, die sich 2016 auf 3,9 Mrd. € erhöht hat. (+1,1 Mrd. €).

Die Investitionen stiegen um rd. 600 Mio. € auf 4,9 Mrd. EUR. Neben Nachholeffekten dürfte hier auch noch die große Zahl von Flüchtlingen zum Ausgabenzuwachs beigetragen haben.

Einnahmen

Die Nettosteuerereinnahmen (Steuereinnahmen abzgl. Gewerbesteuerumlage) sind in Baden-Württemberg entgegen dem Bundestrend nochmals um rd. 5,5 % auf 14,5 Mrd. € gestiegen.

Größter Einzelposten war mit rd. 6,1 Mrd. EUR wiederum die Gewerbesteuer, gefolgt vom Einkommensteueranteil mit rd. 5,7 Mrd. EUR.

Bei der Grundsteuer und dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ergaben sich betragsmäßig keine größeren Veränderungen.

Die Bagatellsteuern erreichten eine Höhe von 331 Mio. € (+8,9%).

Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten haben auf rd. 2,3 Mrd. EUR zugenommen (2015: 2,1 Mrd. EUR). Die deutliche Steigerung von rd. 7 %, dürfte damit zusammenhängen, dass die kommunalen Leistungen stärker auf den Prüfstand gestellt und die entsprechenden Gebühren in den Fokus von Haushaltskonsolidierungsbemühungen gerückt werden.

Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen vom Land haben nach den Ergebnissen der Kassenstatistik 2016 auffallend stark zugenommen. Neben finanzausgleichsbedingten Entwicklungen dürften auch Sondereffekte, z. B. im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung, dazu beigetragen haben. Die erneut deutliche Steigerung der Schlüsselzuweisungen vom Land auf gut 6,6 Mrd. EUR ist u.a. finanzausgleichsbedingte Folge des steuerstarken Jahres 2014 und der deshalb hohen Finanzausgleichsmasse.

Nach mehreren Jahren insgesamt positiver Entwicklung bei den Einnahmen des Vermögenshaushalts ist für 2016 mit -6,7 % ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Zusammengefasst kann angenommen werden, dass zur Erzielung der klassischen Einnahmen der Kapitalrechnung mittlerweile veräußerbare Vermögensgegenstände (Baugrundstücke, nicht mehr benötigte Immobilien oder Beteiligungen) fehlen.

Ausgaben

Die Gesamtausgaben der Kommunen haben sich 2016 um 7,5 % (2,8 Mrd. EUR) erhöht, davon entfielen 2,3 Mrd. € auf die Steigerung der laufenden Ausgaben.

Die Steigerung der Personalausgaben lag in Baden-Württemberg bei 6 %. Wie bereits 2015 wurde dies sowohl durch Lohnerhöhungen, als auch durch einen gestiegenen Personalbestand, insbesondere im Bereich der Kindertagesstätten, verursacht.

Die Erhöhung der laufenden Sachausgaben um 9 % auf 7 Mrd. € liegt deutlich über der Preissteigerungsrate. Die Ausgaben für soziale Leistungen um weitere 11 % auf 6,8 Mrd. EUR zugenommen.

Die Zinsausgaben sind auf 185 Mio. € zurückgegangen (-21 Mio. €). Der aus dem Verhältnis von Zinsausgaben und dem Kreditbestand errechnete durchschnittliche Zins sank 2016 erneut und betrug noch 3,0 % (2015: 3,3 %). Kehrseite der niedrigen Zinsausgaben ist, dass aus Geldanlagen kaum mehr Zinserträge erzielt werden können.

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts haben 2016 bei den kreisangehörigen Gemeinden um 10 % zugenommen, rd. 62 % entfallen dabei auf die Ausgaben für Baumaßnahmen. Steigende Ausgaben für Investitionen in die Anschlussunterbringung bei den Kommunen werden sich im Übrigen auch noch in den folgenden Betrachtungszeiträumen niederschlagen. Ein weiterer Investitionsschwerpunkt dürfte 2016, wie im Vorjahr, insbesondere im Bereich der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur und im Schul- und Bildungsbereich gelegen haben.



Entwicklung 2017

Ergebnis 2017 durch parallele Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben wenig verändert

Einnahmeseitig könnte eine Zunahme der Nettosteureinnahmen um 7,4 %, der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (insbesondere Gebühren) um 4 % und der allgemeinen und laufenden Zuweisungen (einschl. Schlüsselzuweisungen) um 7 % angenommen werden.

Auf Basis der Gesamteinnahmen 2016 bedeutet das eine Zunahme um rd. 2,5 Mrd. EUR oder 6,5 %.

Bei den Ausgaben scheint eine Zunahme der Personalausgaben um 4,5 % sowie der laufenden Sachausgaben um 10 % möglich. Bei den Sozialen Leistungen dürfte eine Steigerung um 8 % eintreten. Bei den laufenden Zuweisungen, Zuschüssen und allgemeinen Umlagen dürfte mit Blick auf die Entwicklung der Steuerkraftsummen eine Zunahme um 5 % angenommen werden können. Bei steigenden Ausgaben der Kapitalrechnung (insbesondere bei Baumaßnahmen um 8 %) bedeutet das auf Basis der Gesamtausgaben 2016 eine Zunahme um ebenfalls rd. 2,5 Mrd. EUR oder 6,6 %. Auf der Grundlage dieser Annahmen würde sich mit rd. 1,2 Mrd. EUR ein ähnlich positiver Finanzierungssaldo ergeben.

Ausblick 2018

Nach der bei Redaktionsschluss des Geschäfts- und Kommunalfinanzberichts 2017 aktuellen November-Steuerschätzung des Jahres 2016 wurde, ausgehend von einem Wirtschaftswachstum von 1,6 %, eine bundesweite Zunahme der Steuereinnahmen der Gemeinden (GV) um 1,8 % prognostiziert. Die Hintergründe der erwarteten Steuermehreinnahmen sind in der prognostizierten, nach wie vor positiven wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen. Mit der Mai-Steuerschätzung ergab sich für diese Zahlen eine leichte Verbesserung.

Bei den Personalausgaben kann erfahrungsgemäß von einer Zunahme zwischen 4 % und 5 % ausgegangen werden. Die für die Sachausgaben teilweise maßgebende Preissteigerungsrate wird nach der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute mit 1,5 % angenommen. Die Steigerungen der Sachausgaben dürften sich im Rahmen der Jahre 2016 und 2017 bewegen. Bei den Ausgaben für Soziale Leistungen werden sich vermutlich weiterhin, wie in den zurückliegenden Jahren, Steigerungen aus konjunkturunabhängigen Bereichen ergeben (insbesondere z. B. Sozialleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge).

Bei den Umlagezahlungen werden sich die mit den Steuereinnahmen 2016 weiter auf Rekordniveau bewegenden Bemessungsgrundlagen auswirken. Insgesamt gesehen, könnte sich – bei ansonsten gegenüber 2017 für Baden-Württemberg im Wesentlichen unverändert angenommenen Einnahmen- und Ausgabenentwicklungen – für 2018 ein zwar weiter positiver, aber mit geschätzt 800 Mio. EUR merklich niedrigerer Finanzierungssaldo ergeben.



III. Prüfungstätigkeit im Berichtszeitraum

3 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015

Prüfungsverfahren abgeschlossen

Die Prüfung der Jahresrechnung 2015 wurde mit dem Schlussbericht vom 29.08.2016 fristgerecht abgeschlossen. Der Gemeinderat hat den Schlussbericht am 29.09.2016 zur Kenntnis genommen und die Jahresrechnung 2015 festgestellt.

4 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2016

Keine nennenswerten Feststellungen

Das Prüfungsamt hat die Jahresrechnung vor deren Feststellung durch den Gemeinderat zu prüfen (§ 110 Abs. 1 GemO). Es fasst seine Feststellungen in einem Schlussbericht zusammen, der dem Gemeinderat vorzulegen ist.

Grundlage für die Prüfung der Jahresrechnung waren der Ausdruck der Jahresrechnung vom 04.07.2017 und der dazugehörige Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung.

Zur Vorbereitung der Prüfung wurden Maßnahmen bereits während des Jahres begleitend geprüft. Hierfür wurden im Prüfungszeitraum verschiedene Vorgänge nach Schwerpunkten und Stichproben ausgewählt (vgl. Anlage 3). Auch die Ergebnisse dieser Prüfungen wurden bei der Prüfung der Jahresrechnung berücksichtigt.

5 Örtliche Prüfung der Eigenbetriebe

Berichte sind erstellt

Die Stadt Weinstadt hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Eigenbetriebe „Stadtwerke Weinstadt“ und „Stadtentwässerung Weinstadt“ gebildet.

Die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe unterliegen ebenfalls der örtlichen Prüfung (§ 111 GemO). Über diese Prüfungen wurden gesonderte Berichte erstellt.

6 Weitere Aufgaben

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen nahm das Prüfungsamt weitere Aufgaben wahr:

- Organisatorische Bearbeitung der überörtlichen Prüfung 2011 - 2014 durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA)
- Kassenüberwachung beim Wasserverband Endersbach-Rommelshausen
- Prüfung und begleitende Beratung der Remstal-Route e.V.
- Prüfung des WeinStadtMarketing w.V.
- Prüfung des Zuschusses an den Ausländerbeirat
- Prüfung des Jahresabschlusses und begleitende Beratung beim Abendgymnasium Unteres Remstal
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „IKZ-Revision Rems-Murr-Kreis“
- Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft der Rechnungsprüfungsämter Stuttgart/Tübingen
- Beauftragte für den Datenschutz (Frau Sartorius / Frau Hampele)



Darüber hinaus beraten RPA und Datenschutzbeauftragte die Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits im Vorfeld von Entscheidungen. Dabei kann selbstverständlich nicht die Sachbearbeitung für die Fachämter übernommen werden.

IV. Überörtliche Prüfung

7 Allgemeine Finanzprüfung der Wirtschaftsjahre 2011 – 2014

Die turnusmäßige überörtliche Prüfung der Kassen-, Haushalts- und Rechnungsführung der Stadt wurde 2016 von der GPA durchgeführt, dabei wurden auch die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesens der Eigenbetriebe geprüft.

Der Gemeinderat wurde am 20.07.2017 über den Eingang des Prüfungsberichts und die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung informiert (BU 106/2017).

Die Stellungnahmen sind noch in Bearbeitung.

V. Haushaltswirtschaft der Stadt

8 Haushaltssatzung 2016

Haushaltssatzung rechtmäßig erlassen

Die Haushaltssatzung soll der Rechtsaufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorliegen (§ 81 Abs. 2 GemO).

Der Gemeinderat hat die Haushaltssatzung 2016 am 17.12.2015 beschlossen. Mit Erlass vom 22.01.2016 hat das Regierungspräsidium Stuttgart die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Die Haushaltssatzung wurde am 10.02.2016 öffentlich bekannt gemacht und zusammen mit dem Haushaltsplan vom 15.02.2016 bis 24.02.2016 öffentlich ausgelegt.

9 Jahresrechnung 2015

Verfahren ordnungsgemäß abgeschlossen

Der Gemeinderat hat die Jahresrechnung 2015 am 29.09.2016 festgestellt. Der Feststellungsbeschluss wurde am 12.10.2016 ortsüblich bekannt gegeben und die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht anschließend vom 17.10.2016 bis 27.10.2016 öffentlich ausgelegt.

Der Beschluss über die Feststellung der Jahresrechnung wurde mit Bericht vom 08.11.2016 dem Regierungspräsidium Stuttgart und der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg mitgeteilt.

10 Jahresrechnung 2016

Jahresrechnung rechtzeitig und vollständig aufgestellt

Die Haushaltsrechnung wurde am 04.07.2017 aufgestellt und durch den Rechenschaftsbericht erläutert. Alle geforderten Bestandteile und Anlagen sind enthalten.

Die Feststellung durch den Gemeinderat kann nach Kenntnisnahme dieses Berichts erfolgen.



11 Kassenmäßiger Abschluss

Kassenbestand gestiegen

Der kassenmäßige Abschluss (Jahresrechnung S. 6) entspricht der vorgeschriebenen Form. Er wurde am 04.07.2017 erstellt und vom Fachbediensteten für das Finanzwesen unterschrieben.

Der Kassenbestand der Stadt – ohne Eigenbetriebe – stieg um 4.289.662 € auf

8.300.876,76 €.

Der Nachweis des Kassenbestands ist in Anlage 2 dargestellt.

12 Rechnungsergebnis

Rücklagenentnahme

Zum Ausgleich der Jahresrechnung war eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 11.734 € erforderlich.

Zur Entwicklung der allgemeinen Rücklage wird auf Randnummer 30 verwiesen.

13 Haushaltsvolumen und Planvergleich

80.930.571 €

Haushaltsvolumen leicht unter Plan

Das Haushaltsvolumen lag um rd. 1 Mio. € unter der Planung.

Im Verwaltungshaushalt ergaben sich bei der Gewerbesteuer und den Schlüsselzuweisungen, aber auch bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb, Mehreinnahmen. Diese flossen zusammen mit den geringeren Ausgaben für Zuweisungen, Zuschüsse und Zinsen, trotz der höheren Personal- und Sachausgaben vollständig in eine höhere Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt ein.

Das Rechnungsergebnis im Vermögenshaushalt war deutlich niedriger als geplant. Ursächlich war im Wesentlichen, dass auch 2016 Investitionen im Hoch- und Tiefbau nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden konnten, was sich trotz weiter steigender Haushaltsausgabereise in einem geringeren Haushaltsvolumen niederschlägt.

	HH-Plan €	Rechnungsergebnis €	Differenz €	%
VwH	63.576.600	66.667.954	3.091.354	4,9%
VmH	18.145.200	14.262.617	-3.882.583	-21,4%
Gesamt-HH	81.721.800	80.930.571	-791.229	-1,0%

14 Kassenreste

Forderungen werden überwacht und zeitnah abgewickelt, Verbindlichkeiten sind ausgeglichen

Verwaltungshaushalt

	Kasseneinnahmereste		Kassenausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2014	640.467	1,1%	38.007	0,1%	602.460	1,0%
2015	856.819	1,4%	18.976	0,0%	837.843	1,4%
2016	887.648	1,3%	602.907	0,9%	284.741	0,4%

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts.

Die Kasseneinnahmereste im Verwaltungshaushalt sind nominal nochmals leicht gestiegen (+32 T€). Ursache war, dass die Verwaltungskostenbeiträge der Eigenbetriebe seit 2016 nicht mehr intern umgebucht werden, ohne diesen Sondereffekt ergab sich ein Rückgang. Aus demselben Grund sind auch die Kassenausgabereiste deutlich gestiegen.

Die wesentlichen Positionen sind im Rechenschaftsbericht (S. 12) dargestellt.

Die ordnungsgemäße Überwachung und Abwicklung der Forderungen wurde 2016 von der GPA geprüft, dabei wurde der Stadtkasse vorbildliche Arbeit attestiert.

Vermögenshaushalt

	Kasseneinnahmereste		Kassenausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2014	177.120	1,3%	-	0,0%	177.120	1,3%
2015	1.097.429	11,7%	13.035	0,1%	1.084.394	11,6%
2016	23.876	0,2%	5.772	0,0%	18.104	0,2%

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Vermögenshaushalts.

Bei den Kasseneinnahmeresten handelt es sich im Wesentlichen um einen Veräußerungserlös, der inzwischen bezahlt wurde.

Der Kassenausgabereist betrifft einen Grunderwerb.

15 Haushaltsreste

Haushaltsreste sind zulässig und begründet

Verwaltungshaushalt

	Haushaltseinnahmereste		Haushaltsausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2014	0	0,0%	97.800	0,2%	-97.800	-0,2%
2015	0	0,0%	127.000	0,2%	-127.000	-0,2%
2016	0	0,0%	116.100	0,2%	-116.100	-0,2%

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts.

Im Verwaltungshaushalt wurden Haushaltsausgabereiste lediglich für die Schulen (102 T€) und budgetierte Kindertageseinrichtungen (14 T€) gebildet. Die einzelnen Haushaltsreste sind in der Jahresrechnung (S. 14) aufgelistet.



Vermögenshaushalt

	Haushaltseinnahmereste		Haushaltsausgabereste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2014	1.100.000	8,2%	3.555.000	26,5%	-2.455.000	-18,3%
2015	1.830.000	19,4%	5.570.400	59,2%	-3.740.400	-39,7%
2016	50.000	0,4%	6.456.400	45,3%	-6.406.400	-44,9%

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Vermögenshaushalts.

Ein Teil der nicht ausgeschöpften Kreditermächtigung (50 T€) wurde nach 2017 vorgetragen, auf weitere rd. 5,94 Mio. € konnte verzichtet werden.

Die Haushaltsausgabereste betreffen Investitionen im Hoch- und Tiefbau, die noch nicht endgültig abgerechnet sind bzw. bei denen der Baufortschritt hinter der Mittelbereitstellung zurückblieb (z.B. Ganztagesgrundschule Großheppach).

Die einzelnen Haushaltsreste sind auf Seite 15/16 der Jahresrechnung erläutert.

VI. Verwaltungshaushalt

Steuereinnahmen und Finanzausgleich

Die Steuern, Finanzausweisungen und die nach Abzug der steuerkraftabhängigen Umlagen verbleibenden Netto-Steuereinnahmen haben sich positiv entwickelt.

	2014	2015	2016	Plan 2017
Steuern	33.675.316	35.701.476	37.893.222	38.359.000
Finanzausweisungen	9.931.906	10.689.531	11.895.241	11.421.900
Finanzumlagen ¹⁾	-19.628.416	-22.259.805	-22.966.777	-23.640.300
Netto-Steuereinnahmen	23.859.975	24.131.202	26.821.686	26.140.600
Pro Einwohner	912	913	1.014	988

¹⁾ ohne Umlage Verband Region Stuttgart (bei sonstige Finanzausgaben)

Die Netto-Steuereinnahmen sind nochmals deutlich gestiegen (+2,7 Mio. EUR).

Durchschnittlich verblieben 2016 rd. 53 % der Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen bei der Stadt.

16 Realsteuern

Steigerung durch höhere Hebesätze

	Istaufkommen			18.619.949 €
	GrdSt. A	GrdSt. B	Gew.St	Realsteuern
2014	100.192	4.682.352	11.138.081	15.920.626
2015	101.551	4.687.936	12.262.635	18.619.949
2016	98.070	5.157.219	13.364.660	18.619.949

Das Istaufkommen der Realsteuern fließt in die Ermittlung der Steuerkraft des zweitfolgenden Jahres ein und wird somit beim Finanzausgleich 2018 berücksichtigt. Die Steigerung bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer ergibt sich u.a. auch durch die höheren Hebesätze.



Soll-Einnahmen

2016 hat von den Großen Kreisstädten im Rems-Murr-Kreis neben Weinstadt lediglich Fellbach (je 10 v.H.) seine Realsteuer-Hebesätze erhöht. Die folgenden Durchschnittshebesätze sind nicht gewichtet, da vom Statistischen Landesamt noch keine Zahlen für 2016 vorliegen

Grundsteuer A

97.113 €

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2015	375	366	335
2016	375	368	340
2017	375		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2015	3,84	2,05	2,55
2016	3,67		

Weinstadt hat unter den großen Kreisstädten im Rems-Murr-Kreis den vierthöchsten Hebesatz. Die Soll-Einnahmen sanken im Vergleich zum Vorjahr um 4 T€.

Grundsteuer B

5.153.678 €

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2015	410	402	379
2016	450	403	383
2017	450		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2015	177	178	159
2016	195		

Der Hebesatz wurde um 40 Prozentpunkte auf 450 % erhöht, wodurch die Soll-Einnahmen gegenüber 2015 um 457 T€ stiegen.

Gewerbesteuer

13.285.131 €

Jahr	Weinstadt	Ø Große Kreisstädte RMK	Baden-Württemberg
Hebesatz			
2015	370	373	361
2016	385	375	368
2017	385		
Entwicklung des Istaufkommens in €/Ew.			
2015	464	735	702
2016	502		

Die Soll-Einnahmen stiegen im Vorjahresvergleich um knapp 1,1 Mio. €, rd. die Hälfte davon ist auf den höheren Hebesatz zurückzuführen.



17 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 17.259.497 €

Weitere Steigerung gegenüber Vorjahr

Für das gegenüber dem Vorjahr um rd. 549 T€ höhere Rechnungsergebnis war die höhere Verteilmasse verantwortlich.

Das Pro-Kopf-Aufkommen lag bei 652 €/Ew. Der Landesdurchschnitt lag 2015 bei 539 €/Ew.

Ab 2018 erfolgt eine Neufestsetzung der Schlüsselzahlen für den Einkommensteueranteil. Nach vorläufigen Berechnungen ergeben sich hierbei für Weinstadt Einbußen.

18 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 1.204.084 €

Leichte Steigerung

Da der auf die Gemeinden entfallende Anteil an der Umsatzsteuer gestiegen ist, erhöhten sich die Einnahmen in Weinstadt um 32 T€.

Das Pro-Kopf-Aufkommen lag bei 45 €/Ew. Der Landesdurchschnitt lag 2015 bei 68 €/Ew.

Auch beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer werden ab 2018 neue Schlüsselzahlen festgesetzt.

Quelle zu Rd.Nr. 16-18: Haushaltsanalyse IHK 2016
Statistisches Landesamt BW Steuereinnahmen der Gemeinden in Baden-Württemberg 2015 vom 12.12.2016

19 Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen 893.719 €

Vergnügungssteuer gestiegen

Als Bemessungsgrundlage für die Vergnügungssteuer wird das Einspielergebnis herangezogen. Seit dem 01.04.2016 beträgt der Steuersatz 25 % (davor 24 %).

Die Einnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 75 T€ auf 778 T€ (+11 %).

Hundesteueraufkommen auf Vorjahresniveau

Durch die Hundesteuer konnten Einnahmen in Höhe von 105 T€ erzielt werden (+2 T€; +2,2 %).

20 Finanzausweisungen 11.895.241 €

Steigerung

Die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich sind insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. € gestiegen. Maßgeblichen Anteil hieran hatten die Schlüsselzuweisungen, diese haben sich um 719 T€ auf 8 Mio. € erhöht.

21 Umlagen 23.097.447 €

Umlagebelastung weiter gestiegen

Die Umlagen sind gegenüber dem Vorjahr um 701 T€ gestiegen.



Die Mehrbelastungen resultieren aus der höheren Steuerkraftsumme. Zusätzlich wurde der Kreisumlagehebesatz 2016 auf 38,5 % angehoben (2015: 37,5 %), dies war landesweit der höchste Hebesatz.

Die Gewerbesteuerumlage betrug unverändert 69 % des um den Hebesatz bereinigten Istaufkommens.

Jahr	Gewerbesteuerumlage	FAG-Umlage	Kreisumlage	Region Stuttgart	Summe Umlagen
2015	2.428.411	7.490.251	12.341.143	136.545	23.097.447
2016	2.492.478	7.594.225	12.880.073	130.671	23.097.447
2017	2.311.900	8.204.300	13.124.100	147.800	23.788.100

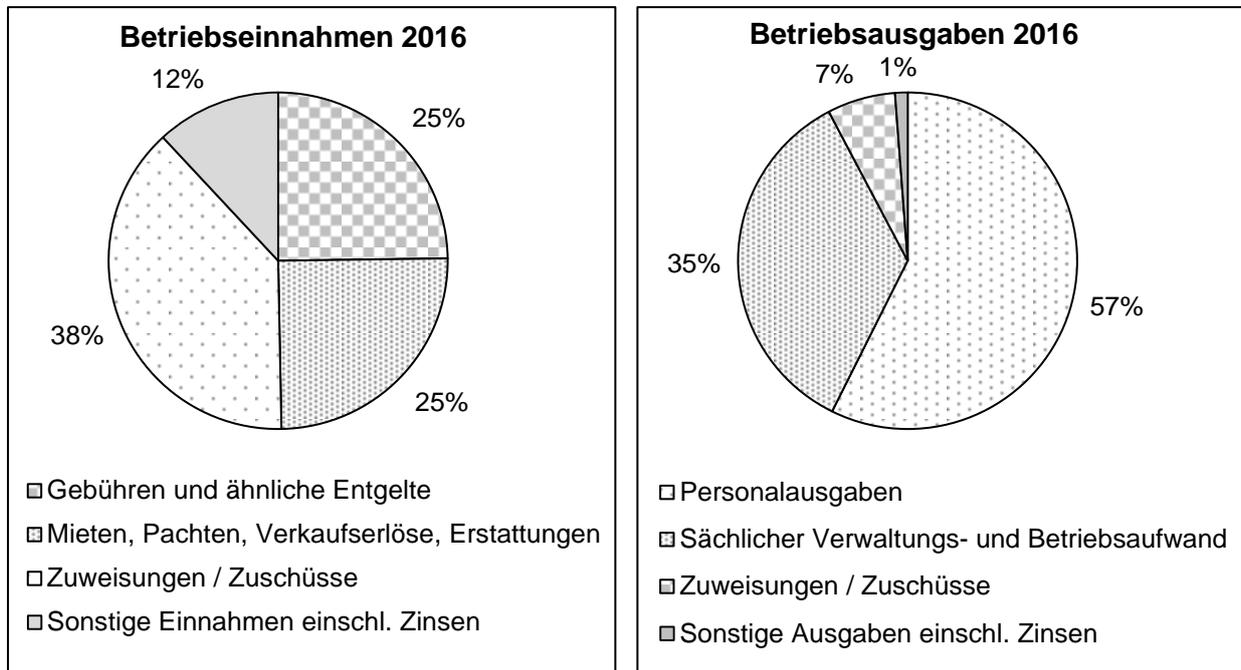
Quelle: Statistisches Landesamt BW: Pressemitteilung 74/2016 vom 23.03.2016

22 Verwaltungs- und Betriebsbereich

Die Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungs- und Betriebsbereich haben sich wie folgt entwickelt:

	2014 €	2015 €	2016 €	Plan 2017 €
Betriebseinnahmen	10.793.037	11.256.355	12.259.151	11.806.500
davon				
Gebühren und ähnliche Entgelte	2.562.974	2.691.246	3.037.581	2.969.800
Mieten, Pachten, Verkaufserlöse, Erstattungen	2.806.789	2.617.633	3.054.269	2.638.700
Zuweisungen / Zuschüsse	4.029.896	4.456.561	4.709.212	4.764.700
Sonstige Einnahmen einschl. Zinsen	1.393.379	1.490.916	1.458.089	1.433.300
Betriebsausgaben	29.553.955	30.835.499	33.312.266	34.827.800
davon				
Personalausgaben	17.026.109	17.700.580	19.104.183	19.949.200
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	10.353.003	10.642.927	11.646.516	12.084.500
Zuweisungen / Zuschüsse	1.923.746	2.121.821	2.163.756	2.304.000
Sonstige Ausgaben einschl. Zinsen	251.098	370.171	397.811	490.100
Zuschussbedarf	18.760.919	19.579.144	21.053.115	23.021.300
in €/Ew.	713	740	796	871

Die Entwicklung der Einnahme- und Ausgabegruppen gegenüber den Planansätzen ist im Rechenschaftsbericht ausführlich erläutert (Einnahmen S. 42-53, Ausgaben S. 54-65).



23 Betriebseinnahmen

12.259.151 €

Betriebseinnahmen um rd. 1 Mio. € (+8,9%) gestiegen

Mit Ausnahme der sonstigen Einnahmen einschließlich der Zinsen sind die Einnahmen in allen Bereichen des Verwaltungshaushalts gestiegen.

Der Rückgang der sonstigen Einnahmen ergab sich durch geringere Einnahmen aus Säumniszuschlägen, dem standen Mehreinnahmen bei den Konzessionsabgaben und aufgrund höherer Fallzahlen ein deutliches Plus bei den Bußgeldern gegenüber.

Gebührenmehreinnahmen wurden insbesondere bei den Baugenehmigungsgebühren und im Bestattungswesen durch höhere Fallzahlen sowie in den Kindertageseinrichtungen u.a. auch durch Gebührenanpassungen erzielt.

In den Bereichen Mieten, Pachten, Verkaufserlöse und Erstattungen ergab sich der höchste Zuwachs bei den Erstattungen für Mutterschutz und Beschäftigungsverbote, auf die Erläuterungen im Rechenschaftsbericht S. 48 wird verwiesen.

Höhere Zuweisungen als im Vorjahr erhielt die Stadt vor allem in Form von Sachkostenbeiträgen und Förderung für die Kindertageseinrichtungen.



24 Betriebsausgaben

33.312.266 €

Steigerung um 2,3 Mio. € (+7,6%)

Personalausgaben

19.104.183 €

Steigerung um 1,4 Mio. € (+8 %),

Stellenplan	Beamte	Beschäftigte	Stellen insgesamt
2015	39,30	263,55	302,85
2016	40,75	266,60	307,35
2017	38,80	267,35	306,15

Quelle: Stellenplan der Stadt Weinstadt 2015 bis 2017 – Darstellung in Vollzeitstellen

Die Stellenmehrung bei den Beamten entstand per Saldo durch die Umwandlung von Beschäftigten-/Beamtenstellen sowie eine Aufstockung.

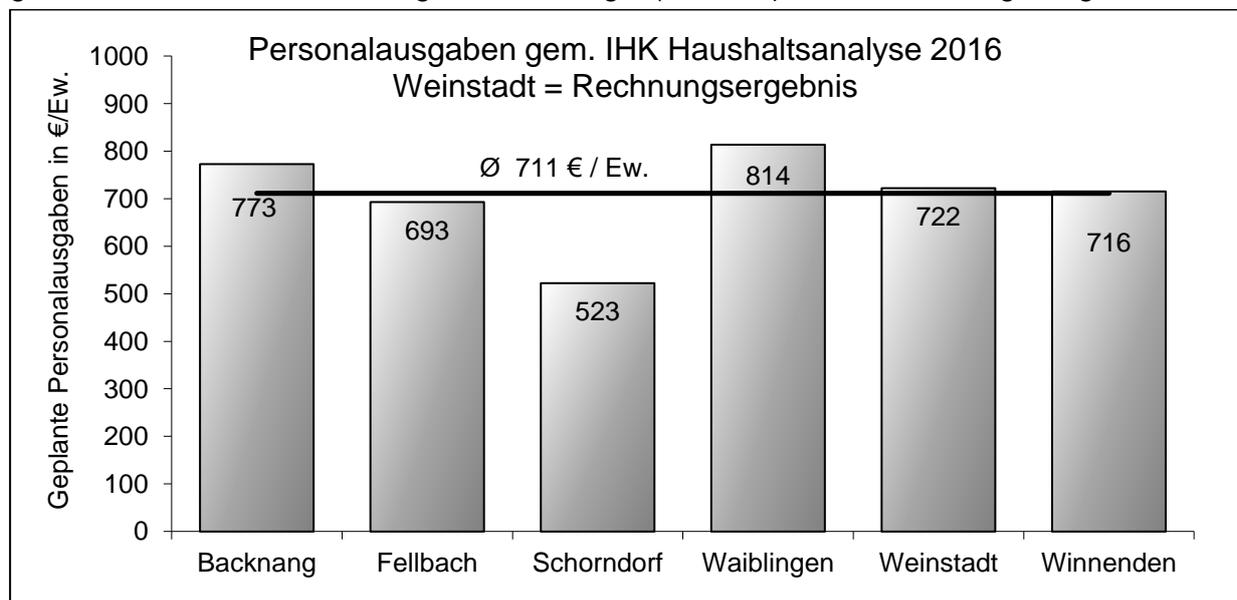
Die höhere Zahl der Stellen für Beschäftigte wurde durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen verursacht, die bei den Beratungen zum Stellenplan erläutert wurden. Unter anderem wurden für die Kindertageseinrichtungen zusätzliche Stellen geschaffen.

	Personalausgaben €	Änderung gg. Vorjahr in €	Änderung gg. Vorjahr in %	Anteil am VwH	€/Ew.
2015	17.700.580	674.471	4,0%	28,5%	669
2016	19.104.183	1.403.604	7,9%	28,7%	722
2017	19.949.200	845.017	4,4%	30,0%	754

Die Steigerung der Personalausgaben lag über dem Landesdurchschnitt (+6 %). Der Haushaltsansatz wurde um 165 T€ überschritten. Die Ursachen sind im Rechenschaftsbericht (S. 54) erläutert.

Im Bereich der Kinderbetreuung waren die Personalkosten um 725 T€ höher als noch 2015. Ursächlich waren Aufstockungen zur Erfüllung des Mindestpersonalschlüssels, sowie die Ergebnisse der Tarifeinigung bezüglich der Eingruppierung im Sozial und Erziehungsdienst.

Neben der Erhöhung der Vergütungen für Beschäftigte um +1,1 Mio. € sind die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beschäftigte (+197 T€) am stärksten angestiegen.





Sächlicher Aufwand

16.266.856 €

Steigerung um 1,2 Mio. € (+7,9 %)

Die Entwicklung zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	insgesamt	€/Ew.	Änderung gg. Vorjahr %	Anteil am Volumen VwH	Ohne kalk. Kosten und innere Verrechnungen Gesamt	€/Ew.
2015	15.081.364	570	3,6%	24,3%	10.642.927	402
2016	16.266.856	615	7,9%	24,4%	11.646.516	440
2017	16.917.000	640	4,0%	25,6%	12.084.500	457

Die wesentlichen Positionen der einzelnen Ausgabegruppen sind im Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung beschrieben (S. 55 – 59), auf diese Ausführungen wird verwiesen.

Für die Unterhaltung von Gebäuden, Außenanlagen und sonstigem unbeweglichen Vermögen wurden 2016 mit 3,1 Mio. € rd. 580 T€ mehr ausgegeben als 2015. Schwerpunkt der Maßnahmen waren Schulen, Kindertageseinrichtungen und Hallen, enthalten ist hier u.a. auch die Dachsanierung am Remstalgymsnasium. Die Genehmigung für die überplanmäßigen Ausgaben wurde jeweils eingeholt.

Eine wesentliche Erhöhung ergab sich auch bei den Ausgaben für angemietete Wohnungen, die im Vorjahresvergleich um 160 T€ gestiegen sind. Die Mehrausgaben sind durch Mehreinnahmen gedeckt.

Energieausgaben

1.252.541 €

Energieausgaben gestiegen

Im Berichtsjahr fielen folgende Energiekosten an.

	2014 €	2015 €	2016 €	Plan 2017 €
Heizbrennstoffe	510.767	487.371	497.904	623.600
Strom	350.665	380.488	404.058	395.600
Betriebsstrom	321.431	341.445	333.367	372.100
Betriebsbrennstoffe	14.319	14.186	17.213	15.300
Summe	1.197.182	1.223.489	1.252.541	1.406.600
€/Ew.	46	46	47	53,19
Änderung gg. Vorjahr in €	-403.410	26.306	29.053	154.059
Änderung gg. Vorjahr in %	-25,2 %	2,2 %	2,4%	12,3%

Die Energieausgaben stiegen um 2,4 %, die Planansätze wurden um insgesamt 226 T€ unterschritten. Da nicht bei allen städtischen Einrichtungen eine Rechnungsabgrenzung erfolgt, lassen die Energieausgaben für sich betrachtet keine Rückschlüsse auf den Verbrauch zu.

Die Preise für Heizöl und Gas sind 2016 nochmals zurückgegangen, der Strompreis blieb insgesamt auf dem Niveau des Jahres 2015.

Zum Jahresbeginn 2017 wurde Heizöl deutlich teurer, die Gaspreise waren weiter rückläufig.

Heiz- und Betriebsbrennstoffe

Die Ausgaben für Heizbrennstoffe sind um 10 T€ gestiegen. Die höchsten Steigerungen waren bei den Schulen im Bildungszentrum und der Jahnhalle zu verzeichnen. Ursache im Bildungszentrum war die fehlende Rechnungsabgrenzung, da 2015 eine hohe Rückzahlung aus 2014 verbucht war. Der tatsächliche Energieverbrauch im Bildungszentrum (Nahwärmeversorgung) ging um 6% zurück.

Ausgaben für Betriebsbrennstoffe fallen im Stiftsbad an.

(Betriebs-) Strom

Die Ausgaben für Strom waren in den meisten städtischen Einrichtungen rückläufig. Die Mehrausgaben in den Schulen und Hallen, sowie in den städtischen Wohnungen konnten dadurch jedoch nicht vollständig aufgefangen werden.

Betriebsstrom wird für Flutlichtanlagen, in den Bädern und für die Straßenbeleuchtung verbraucht. Die Mehrausgaben in den Bädern und für die Flutlichtanlagen (+9 T€) konnten durch Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung kompensiert werden.

Kostenrechnende Einrichtungen

Zuschussbedarf 7,9 Mio. €

Im Vorjahresvergleich konnten die kostenrechnenden Einrichtungen insgesamt Mehreinnahmen von 553 T€ erzielen. Es fielen allerdings auch um 965 T€ höhere Ausgaben an, so dass der Zuschussbedarf insgesamt auf 7,9 Mio. € anstieg. Die Gesamtkostendeckungsquote stieg auf 41,5% (2015: 40%).

Insbesondere bei den Hallen ist ein deutlicher Anstieg des Zuschussbedarfs zu verzeichnen (+14%). Ursache sind Abschreibung und Verzinsung für die Generalsanierung der Gemeindehalle Strümpfelbach und Gebäudeunterhaltungsarbeiten in der Jahnhalle.

Die folgenden Einrichtungen bilden 99 % des Zuschussbedarfs ab.

Kostendeckungsgrad öffentl. Einrichtungen	2015		2016			
	mit kalk. Kosten	ohne kalk. Kosten	mit kalk. Kosten	ohne kalk. Kosten	Zuschussbedarf	
					gesamt €	€/Ew.
Schülerbetreuung an Grundschulen	74,7%	74,7%	76,1%	76,1%	91.849	3
Kindertageseinrichtungen	40,6%	43,3%	42,0%	44,6%	5.963.337	225
Bäder	13,3%	19,1%	11,9%	16,5%	780.292	30
Bestattungswesen	82,3%	124,7%	89,2%	129,8%	72.384	3
Hallen	22,7%	38,0%	21,3%	37,1%	975.230	37
Summe	40,2 %	45,8 %	41,5%	47,1%	7.883.092	298

Beim Kostendeckungsgrad ohne kalkulatorische Kosten wurden Erträge aus der Auflösung von Beiträgen und Aufwendungen für kalkulatorische Zinsen sowie Abschreibungen nicht berücksichtigt.



Zuschussbedarf

Schülerbetreuung an Grundschulen



Der Zuschussbedarf der Kernzeit- und Grundschülerbetreuung sank um 4 T€ auf 92 T€. Die Einnahmen stiegen durch die Gebührenanpassung zum 01.07.2016 etwas stärker als die Personalausgaben.

Der Kostendeckungsgrad liegt bei 76%.

Kindertageseinrichtungen



Bei den Kindertageseinrichtungen stieg der Zuschussbedarf auf 6 Mio. € (+289 T€). Ursache waren hauptsächlich gestiegene Personalausgaben (+725 T€), die durch Mehreinnahmen aus Gebühren (+90 T€), Ersätzen und Erstattungen (+180 T€) und Zuweisungen des Landes (+140 T€) nicht kompensiert wurden.

Der Kostendeckungsgrad lag bei 42%.

Bäder



Der Zuschussbedarf der Bäder stieg um 40 T€ auf 780 T€. Davon entfallen rd. 204 T€ auf das Cabrio.

Bei gleichbleibenden Benutzungsgebühren waren höhere Ausgaben für Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung ursächlich für die Steigerung.

Der Kostendeckungsgrad betrug rd. 15 %.

Bestattungswesen



Der Zuschussbedarf sank um 37 T€ auf 72 T€.

Durch die höhere Zahl von Bestattungen stiegen die Bestattungsgebühren um 90 T€. Auf der Ausgabenseite ergaben sich entsprechende Mehraufwendungen bei den Fremdleistungen, der Unterhaltung der Grünanlagen und den inneren Verrechnungen.

Eine Neukalkulation der Gebühren ist angedacht und soll nach Abschluss der Friedhofskonzeption durchgeführt werden. Dabei sind auch Gebühren für neue Bestattungsformen festzulegen.

Der Kostendeckungsgrad stieg auf 89%.

Hallen



Der Zuschussbedarf der städtischen Hallen ist im Vorjahresvergleich um 121 T€ auf 975 T€ (+14 %) gestiegen.

Für die Strümpfelbacher Halle ist der Zuschussbedarf durch höhere Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen um weitere 77 T€ auf 269 T€ angewachsen.

In der Jahnhalle wurden 54 T€ mehr als im Vorjahr für die Gebäudeunterhaltung ausgegeben.

Der Kostendeckungsgrad der Hallen lag insgesamt bei 21%. Die Auswirkungen der neu festgelegten Benutzungsgebühren bleiben abzuwarten.

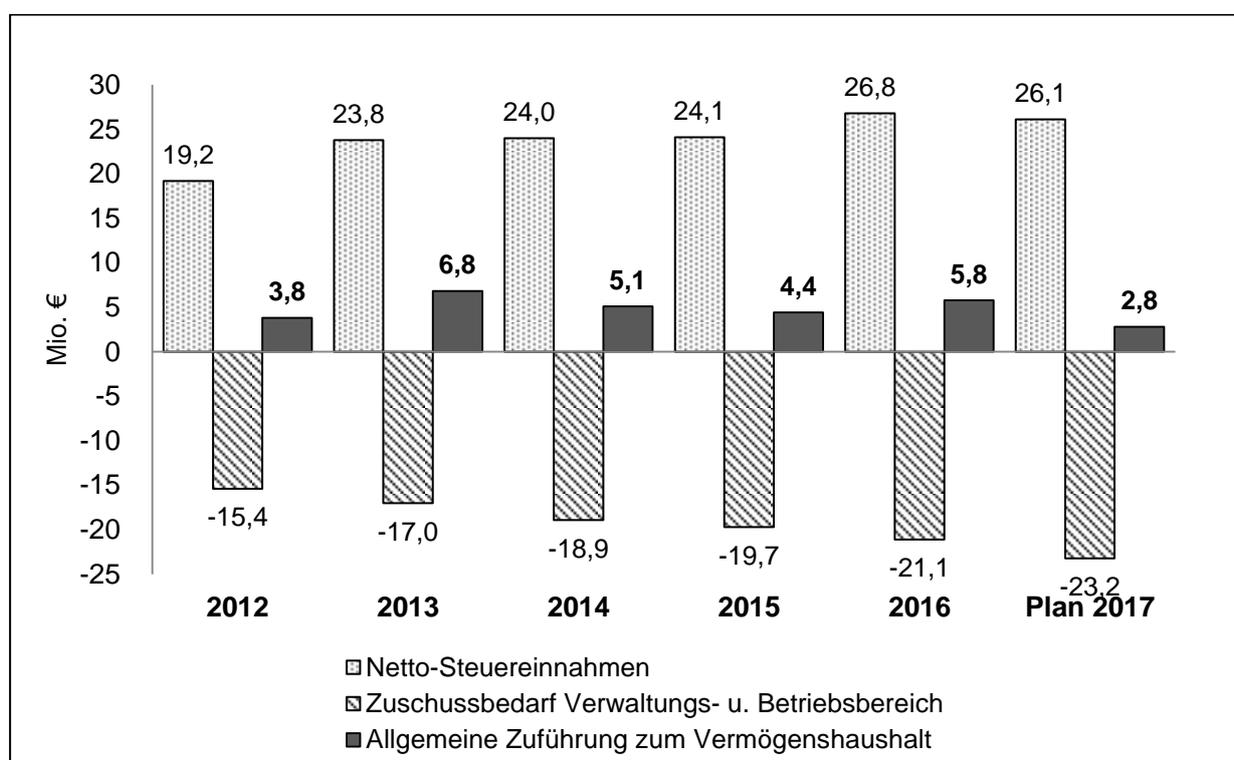
25 Sonstige Finanzausgaben (ohne Zuführung zum VmH) **23.364.586 €**

Die sonstigen Finanzausgaben umfassen Zinsen, Erstattungszinsen und Umlagen (RdNr. 21), sowie als Verrechnungsposition die Zuführung an den Vermögenshaushalt.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen diese Positionen bedingt durch die höheren Umlagen um insgesamt 600 T€.

26 Gesamtverlauf

Die Hauptblöcke des Verwaltungshaushalts haben sich wie folgt entwickelt:



27 Zuführung zum Vermögenshaushalt **5.768.572 €**

Zuführungsrate 3,3 Mio. € über Plan

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt lag um 3,3 Mio. € über dem Planansatz. Die Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer, den Schlüsselzuweisungen und den Betriebseinnahmen fließen somit vollständig in die Zuführungsrate ein.

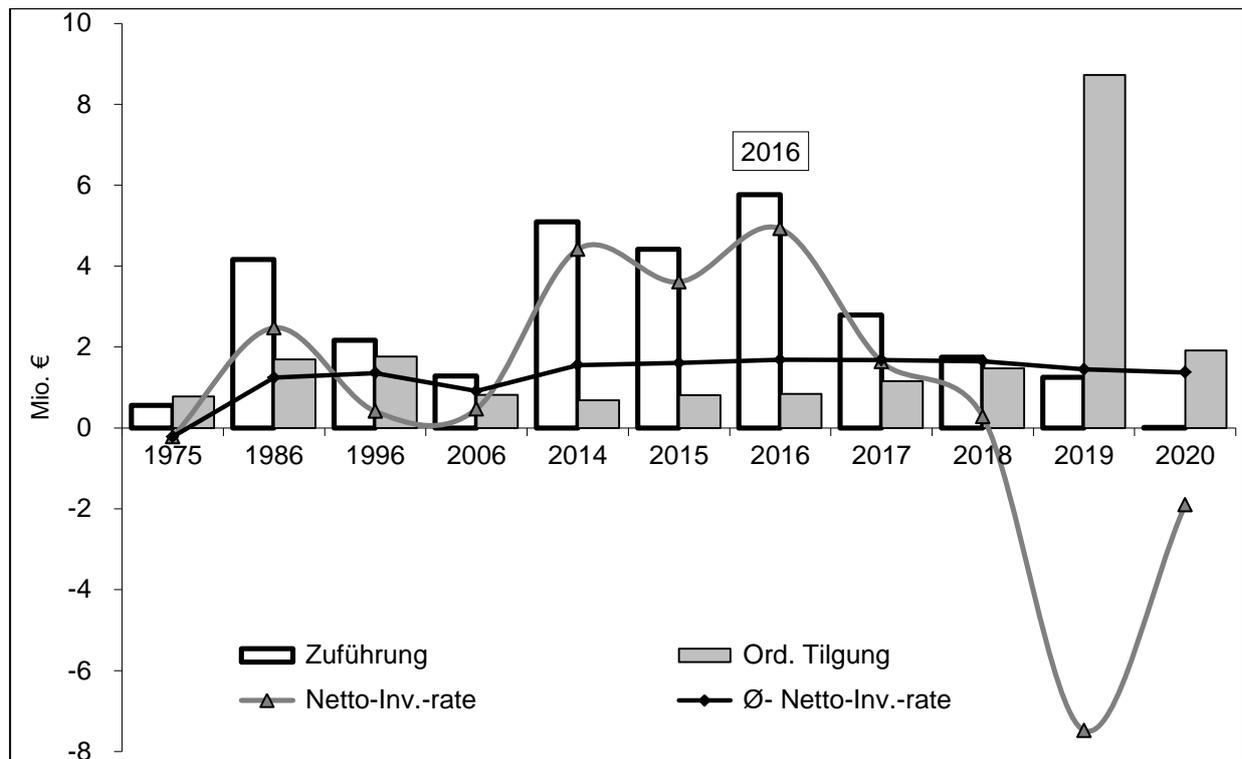
28 Netto-Investitionsrate **4.923.914 €**

Noch hohe Netto-Investitionsrate

Nach Abzug der ordentlichen Tilgungen (844 T€) verblieb eine Netto-Investitionsrate von 4,9 Mio. € für Maßnahmen des Vermögenshaushalts.

In den letzten vier Jahren wurden mit 19,2 Mio. € rd. 11,3 Mio. € mehr Netto-Investitionsrate erwirtschaftet als geplant. Dadurch konnte teilweise auf die vorgesehenen Kreditaufnahmen verzichtet werden.

Für 2017 zeichnet sich nach den Zahlen des Finanzzwischenberichts abermals eine leichte Verbesserung ab, dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Netto-Investitionsrate trotz der für Weinstadt guten Ergebnisse weiter unterdurchschnittlich bleibt. Der negative Wert im Jahr 2019 ergibt sich durch die Rückzahlung des Darlehens zum Erwerb der Grundstücke im Gebiet Halde V.



Entwicklung der Netto-Investitionsrate	2014	2015	2016
Zuführung an den VmH in Mio. €	5,1	4,4	5,8
ordentliche Tilgung in Mio. €	0,7	0,8	0,8
Netto-Investitionsrate in Mio. €	4,4	3,6	4,9
in % des VmH	33	38	35
Zuführung an den VmH in €/Ew.	194	167	218
Netto-Investitionsrate in €/Ew.	168	136	186
Ø Große Kreisstädte RMK ¹⁾	24	234	
Landes-Ø in €/Ew. ²⁾	217	248	272

Quellen: 1) Umfrage des RPA Backnang, ohne Schorndorf und Waiblingen (NKHR)
2) GPA: Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2016 – alle Gemeinden



VII. Vermögenshaushalt

29 Investitionen 13.409.960 €

Grunderwerb Erwerb Halde V

2016 wurden insgesamt 13,4 Mio. € investiert, davon entfielen 7,8 Mio. € auf den Grunderwerb mit dem Schwerpunkt Halde V.

Schwerpunkt der sonstigen Investitionstätigkeit war die Sanierung der Friedrich-Schiller-Schule in Großheppach. Die wesentlichen Investitionsvorhaben sind im Rechenschaftsbericht (Seite 72/73) ausführlich dargestellt.

Die Investitionen wurden zu 41 % über Eigenmittel (2015: 62 %), zu 52 % aus Krediten sowie zu 7 % über Zuweisungen und Zuschüsse finanziert. 68 % der Eigenmittel entfielen auf die Netto-Investitionsrate.

30 Rücklagen 1.844.746 €

Mindestbestand im Finanzplanungszeitraum vorhanden

Der allgemeinen Rücklage wurden 11.734 € entnommen, geplant waren 36.200 €.

Allgemeine Rücklage am 31.12.2016	1.844.746 €
Gesetzliche Mindesthöhe	1.189.424 €
Die gesetzliche Mindesthöhe ist überschritten um	655.322 €

Die liquiden Mittel waren höher als der Bestand der allgemeinen Rücklage.

Kassenbestand/ Geldanlagen (1)	Einnahmereste (2)	Ausgabereste (3)	Rücklagen (1) + (2) – (3)
8.300.877	1.026.029	7.482.160	1.844.746

Im Bestand der allgemeinen Rücklage ist die Stellplatzrücklage mit rd. 214 TEUR enthalten. Im Finanzplanungszeitraum wird der frei verfügbare Teil der Rücklage durch Entnahmen und den steigenden Mindestbestand aufgezehrt werden.

31 Liquidität

Stadtkasse stets ausreichend liquide

Die Liquidität der Stadtkasse war im Prüfungszeitraum stets gewährleistet.

Auf den Girokonten kurzzeitig nicht benötigte Kassenmittel wurden einem Geldmarktkonto zugeführt. Kassenkredite waren im Prüfungszeitraum nicht erforderlich.

32 Vermögensrechnung

Die Bestände des Anlagevermögens wurden ordnungsgemäß übertragen und entsprechend den sich aus der Buchführung ergebenden Änderungen fortgeschrieben. Bei der stichprobenhaften Überprüfung ergaben sich keine Feststellungen.

33 Schuldenstand

16.409.219 €

Kreditaufnahme erforderlich

Es wurden 8.730.000 € neue Kredite aufgenommen und ein Haushaltseinnahmerest von 50.000 € gebildet. Der Soll-Schuldenstand stieg um 6,2 Mio. € auf 15,8 Mio. € (= 597 €/Ew.; 2015: 9,6 Mio. € = 363 €/Ew.).

Daneben bestand noch eine Verbindlichkeit aus dem kreditähnlichen Rechtsgeschäft für die Nahwärmeversorgung im Bildungszentrum mit einem Restbetrag von 613 T€.

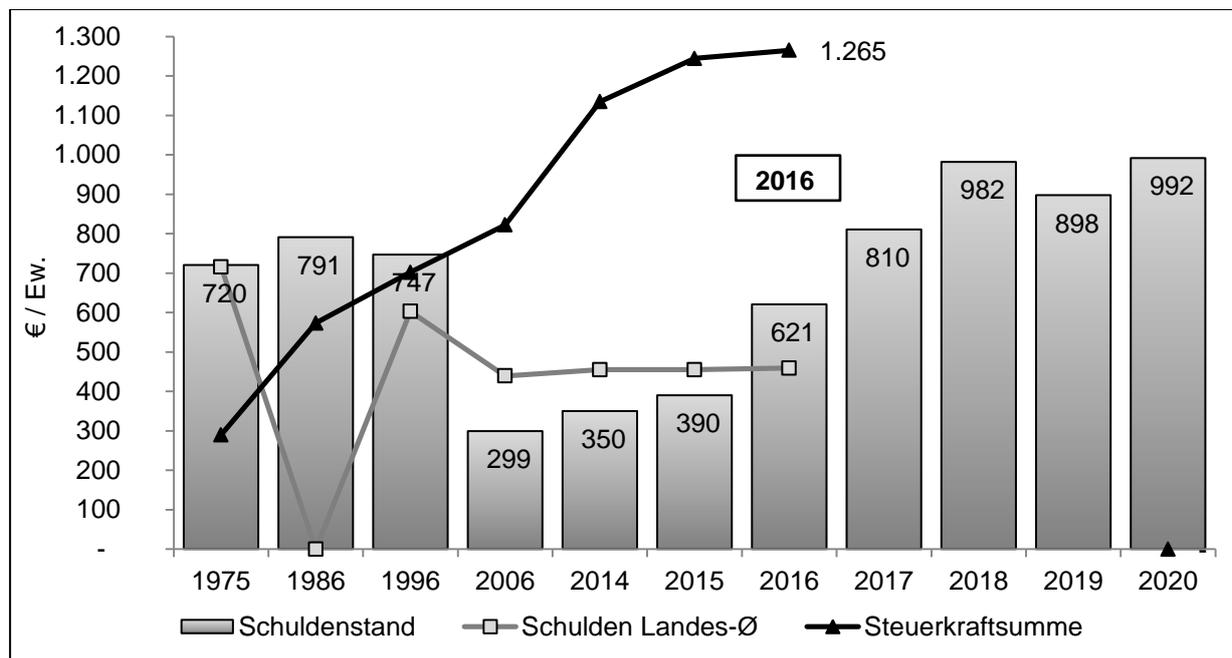
Insgesamt betragen die Verbindlichkeiten 16.409.219 € (= 621 €/Ew.; 2015 = 390 €/Ew.). Ohne den für Kreditaufnahmen gebildeten Haushaltseinnahmerest ergibt sich ein Ist-Schuldenstand von 16.359.219 € (= 619 €/Ew.).

Die Zinsausgaben blieben mit 186 T€ (7 €/Ew.) auf dem Niveau des Vorjahres. Ihr Anteil am Verwaltungshaushalt lag unverändert bei 0,3 %.

Zusätzlich wurde beim Erwerb des Birkel-Areals ein weiteres kreditähnliches Rechtsgeschäft (rd. 3,6 Mio. €) zur Zwischenfinanzierung abgeschlossen. Die Zinsen hierfür sind bei den Sanierungsausgaben nachgewiesen und werden gefördert.

Pro-Kopf-Verschuldung gestiegen

Steuerkraft weiterhin höher als der Schuldenstand

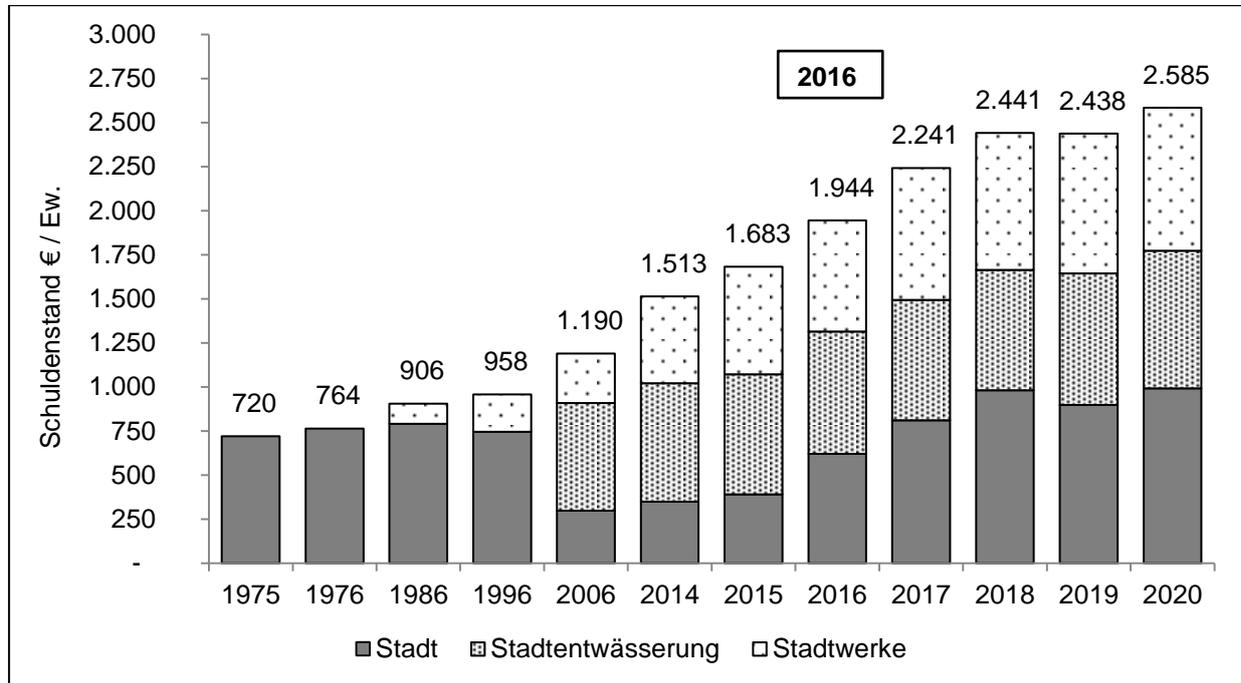


Quelle Landesdurchschnitt: Struktur- und Regionaldatenbank
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Zwar übersteigt die Steuerkraftsumme auch 2016 den Schuldenstand, allerdings hat sich das Verhältnis zwischen beiden Größen verschlechtert.

Konzernschulden gestiegen

Der Gesamtschuldenstand der Stadt einschließlich der Eigenbetriebe, ohne das innere Darlehen und den Anteil der Gemeinde Korb an der Forfaitierung, stieg durch die Finanzierung des Erwerbs der Grundstücke in Halde V auf 51,4 Mio. €, dies sind rd. 1.944 €/Ew. (2015: 44,5 Mio. € = 1.683 €/Ew.).



VIII. Wesentliche Ergebnisse der örtlichen Prüfung

Allgemeine Verwaltung

34 Telefonanlage

Das Ausschreibungsverfahren für die Erneuerung der Telefonanlage wurde begleitend geprüft. Die Hinweise des RPA wurden berücksichtigt. Das Verfahren ist abgeschlossen.

Schulen

35 Friedrich-Schiller-Schule

Vergabeverfahren und Ingenieurverträge wurden begleitend geprüft, die Hinweise des RPA wurden im Verfahren berücksichtigt.

Bei den Planungskosten wurden die Regelungen über die anrechenbaren Kosten der technischen Ausrüstung nicht richtig ausgelegt. Die notwendigen Änderungen sind inzwischen erfolgt.

36 Nahwärmeversorgung

Die Heizkosten für die Nahwärmeversorgung im Bildungszentrum wurden richtig abgerechnet. Durch die Gewährung des Baukostenzuschusses konnten, unter Berücksichtigung von Zins und Tilgung für das kreditähnliche Rechtsgeschäft, bisher rd. 130 T€ eingespart werden.



Soziale Sicherung

37 Abrechnung freier Träger von Kindertageseinrichtungen

Die Abrechnung der Zuschüsse an sonstige Träger ist ordnungsgemäß erfolgt. Es sollte auf eine zeitnahe Vorlage der erforderlichen Unterlagen geachtet werden.

Gesundheit, Sport, Erholung

38 Bäder

Die Abrechnungen der Bäder in Weinstadt wurden auf Grundlage der verkauften Karten vollständig überprüft, dabei ergaben sich keine Feststellungen.

Auffällig war, dass die Einnahmen aus reinen Badegebühren (ohne Minigolf) im Freibad Strümpfelbach um rd. 4 T€ höher lagen als im Freibad Beutelsbach. Dies war auf mehr verkaufte Eintrittskarten für Erwachsene und den Verkauf von mehr Dauer- und Familienkarten zurückzuführen.

Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

39 VOB

Im Bereich der VOB wurden verschiedene Anfragen zu Ausschreibungsart, Kalkulationsirrtum, usw. an das RPA gestellt. Die Hinweise wurden im weiteren Verfahren berücksichtigt.

40 HOAI

Verschiedene Architekten- und Ingenieurverträge wurden vor Abschluss geprüft. Schwerpunkt waren die Maßnahmen zur Remstalgartenschau.

Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass das richtige Leistungsbild und die richtige Honorarzone zugrunde gelegt werden.

41 Städtebauliche Sanierungen

Geprüft wurden die in 2016 erstellten Verwendungsnachweise.

Im Zuge der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt war die Auslegung der Städtebauförderungsrichtlinien hinsichtlich des Zinsausgleichs zu hinterfragen. Rückfragen beim Regierungspräsidium ergaben, dass die Richtlinie richtig ausgelegt wurde. Für einen kurzen Zeitraum war der Zinsausgleich neu zu berechnen.

42 Energiemanagement

In den Referenz- und Abrechnungsdaten waren teilweise nicht plausible Werte enthalten bzw. wurden nicht mehr existente Einrichtungen abgerechnet.

Die Abrechnung wurde im Zuge des Prüfungsverfahrens korrigiert.



Allgemeine Finanzwirtschaft

43 Kassenprüfungen

Die Prüfung der Zahlstellen und Handvorschüsse ergab keine wesentlichen Feststellungen. Kleinere Fehlbeträge wurden ersetzt, Überschüsse in der Kasse vereinnahmt.

Sonstige Einrichtungen

Neben der Jahresrechnung der Stadt und den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe wurden auch die Jahresabschlüsse folgender externer Einrichtungen geprüft:

- Abendgymnasium
- Remstal-Route
- Weinstadt-Marketing-Verein
- Ausländerbeirat.

Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen, einzelne Hinweise des Prüfungsausschusses werden künftig berücksichtigt.

IX. Abschließendes Ergebnis der Prüfung

Das Prüfungsausschuss hat die Jahresrechnung 2016 der Stadt Weinstadt entsprechend § 110 GemO daraufhin geprüft, ob

- bei den Einnahmen und Ausgaben, sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen sowie die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung enthält dieser Bericht.

Aufgrund pflichtgemäßer Prüfung wird **bestätigt**, dass die Vorschriften im Ganzen eingehalten sind.

Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Jahresrechnung 2016 festzustellen.

Dietmar Ißler

Dietmar Ißler



Anlage 1 Kennzahlen der Finanzwirtschaft

Bezeichnung		Plan 2017	HHJ 2016	HHJ 2015	HHJ 2014
Einwohnerzahl 30.6.				26.445	26.307
Kennzahlen	Haushaltsvolumen	79.390.300	80.930.571	71.502.584	72.003.212
	Verwaltungshaushalt	66.420.000	66.667.954	62.085.799	58.611.285
	Vermögenshaushalt	12.970.300	14.262.617	9.416.785	13.391.927
	Netto-Investitionsrate	1.635.200	4.923.914	3.606.742	4.414.708
	in €/Ew.	62	186	136	168
	Schuldenstand €/Ew.	810	621	390	350
	Steuerkraftmesszahl €/Ew.	1.066	1.011	993	984
	Steuerkraftsumme €/Ew.	1.338	1.265	1.244	1.135
Verwaltungshaushalt	Einnahmen				
	Steuern	38.359.000	37.893.222	35.701.476	33.675.316
	Finanzzuweisungen	11.421.900	11.895.241	10.689.531	9.931.906
	Einn. Verw. und Betrieb	13.175.700	13.417.635	12.279.289	11.800.878
	Sonst. Finanzeinnahmen	3.463.400	3.461.856	3.415.504	3.203.185
	Ausgaben				
	Personalausgaben	19.949.200	19.104.183	17.700.580	17.026.109
	Sachaufwand	16.917.100	16.266.856	15.081.364	14.564.029
	Zuweisungen und Zuschüsse	2.304.000	2.163.756	2.121.821	1.923.746
	Zinsen	394.500	188.224	185.101	185.569
	Finanzumlagen	23.788.100	23.097.448	22.396.350	19.747.247
	Sonstige Finanzausgaben	275.100	78.915	185.070	65.529
	Zuführung zum Verm.-HH	2.792.000	5.768.572	4.415.513	5.099.056
Vermögenshaushalt	Einnahmen				
	Zuführung vom Verw.-HH	2.792.000	5.768.572	4.415.513	5.099.056
	Rücklagenentnahme	280.000	11.734	478.646	719.313
	Rückflüsse von Darlehen	500	511	511	511
	Veräußerung Beteiligungen	-	53.500	-	10.900
	Veräußerung Vermögen	930.000	341.615	1.244.805	1.790.653
	Beiträge	30.000	220.496	1.704	373.203
	Zuweisungen / Zuschüsse	2.756.800	916.189	1.355.607	1.576.290
	Kredite (Soll)	6.181.000	6.950.000	1.920.000	3.822.000
	Ausgaben				
	Erwerb von Beteiligungen	-	-	801.500	-
	Investitionsausgaben	11.654.300	13.211.702	7.662.996	12.683.543
	Tilgung	1.156.800	852.657	811.824	684.349
Zuweisungen / Zuschüsse	159.200	198.259	140.465	24.035	
Kredite	Schuldenstand 31.12	21.433.419	16.409.219	10.311.876	9.203.700
	Nettokreditaufnahme (Soll)	5.024.200	6.097.343	1.108.176	3.137.651
	Ordentliche Tilgung	1.156.800	844.658	808.770	684.349
	außerordentliche Tilgung	-	7.999	3.054	-
	Kreditzinsen	394.000	186.001	184.066	183.333



Anlage 2 Kassenbestand

Der Kassenbestand zum 31.12.2016 ist im Kassenabschluss Nr. 154 / 2017 vom 03.07.2017 wie folgt nachgewiesen:

Kassenistbestand

Barkasse		329,03 €
Kontostand KSK Waiblingen	Kontoauszug Nr. 2017 / 123	423.280,44 €
Kontostand Volksbank Stuttgart	Kontoauszug Nr. 2017 / 123	173.798,59 €
Tagesgeld KSK Waiblingen	Kontoauszug Nr. 2017 / 006	6.550.000,00 €
Tagesgeld Voba Stuttgart		0,00 €
Tagesgeld VR-Bank Weinstadt		0,00 €
Festgeldanlage		0,00 €
Jahresabschluss		0,00 €
Summe		<u>7.147.408,06 €</u>
Schwebeposten		420.150,89 €
bereinigter Kassenistbestand		<u><u>7.567.558,95 €</u></u>
Kassensollbestand 2016		8.300.876,76 €
Kassensollbestand 2017		-733.317,81 €
Kassensollbestand gesamt		7.567.558,95 €

Kassensoll- und Kassenistbestand stimmen überein.

Der Kassenbestand wurde am 04.07.2017 in die Bücher des Jahres 2017 übernommen.

Der Kassenbestand 2016 wurde am 04.07.2017 in die Bücher des Jahres 2017 übernommen.



Anlage 3 Verzeichnis der Prüfberichte

Amt	Prüfungsgegenstand
	Schlussbericht über die örtliche Prüfung 2015, Stadt Weinstadt
	Bericht über die örtliche Prüfung 2015, Stadtentwässerung
	Bericht über die örtliche Prüfung 2015, Stadtwerke
	Bericht über die örtliche Prüfung 2015, Stadtwerke, Mindesthandelsbilanzgewinn
	Vermeidung von Korruption, Geschenkkannahme 2015
	Öffentliche Ausschreibungen, Informationsweiterverwendungsgesetz
	Öffentliche Ausschreibungen, Bewerber aus EU-Ausland
10	Telefonanlage, Erneuerung / Aufrüstung
11	Abrechnung Bäder (Stiftsbad, Freibad Beutelsbach, Freibad Strümpfelbach)
20	Stadtkasse, Bestellung Kassenverwalter
20	Haushaltsgliederung NKHR, Aufbau Teilhaushalte
20	Buchhaltung, Doppelzahlung
32, 23	Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Außenbewirtung
50, 65	Bildungszentrum, Nahwärmeversorgung, Jahresabrechnung 2015
50	Ausländerbeirat, Prüfung des Zuschusses 2015
50	Städtische Zuschüsse für Kindertagesstätten an freie Träger
60	Kinderhaus Großheppach, HOAI, Schlusszahlung Außenanlage
61	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Ortskern Beutelsbach III
61	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Ortsmitte Endersbach
63	Rathausneubau, Machbarkeitsstudie
63	Rechtsgrundlage für Gebühren Prüfstatik
63	Interkommunale Zusammenarbeit in der Prüfstatik, Abrechnung 2015
63	Friedrich-Schiller-Schule Großheppach, Prüfstatik, Gebührenbescheid
65	Remstalgartenschau, Kappelberggruine, Entwurf Ingenieurverträge
65	Vergaberecht, Wertung und Beauftragung einer Eventualposition
65	Gemeindehalle Strümpfelbach, Schlussrechnung Verglasungsarbeiten
65	Abrechnung Energiemanagement 2014
65	Friedrich-Schiller-Schule Großheppach, VOB, verschiedene Anfragen
66	Radweg Trappeler, Ingenieurvertrag,
66	Waldstraße, Straßenbauarbeiten
66	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung
66	Sanierung Kleinspielfeld Beutelsbach, HOAI
66	Urnenwand Beutelsbach, Kostencontrolling
66	Hochwasserrückhaltebecken Gunzenbach, Schlussverwendungsnachweis



Amt	Prüfungsgegenstand
20	<p>Kassenprüfung</p> <ul style="list-style-type: none">• Freibad Beutelsbach• Freibad Strümpfelbach• Stiftsbad• Bürgerbüro• Behindertentreff• Amt für Familie, Bildung und Soziales• Erich Kästner-Gemeinschaftsschule• Grundschule Beutelsbach• Haus der Jugendarbeit• Seniorenbegegnungsstätte Endersbach• Kommunales Kino• Badkindergarten• Kinderhaus Halde• Schulsozialarbeit am Bildungszentrum• Wasserverband Endersbach-Rommelshausen• Stadthauptkasse• Abrechnung bei Ausscheiden von Mitarbeitern• Kassenbestandsaufnahmen anlässlich Wechsel des Kassenverwalters <p>Baukostencontrolling, ¼-jährlich</p> <p>Abendgymnasium Unteres Remstal, Prüfung des Jahresabschlusses</p> <p>Remstal Route, Prüfung des Jahresabschlusses</p> <p>WeinStadtMarketing-Verein, Prüfung des Jahresabschlusses</p> <p>Ausländerbeirat, Prüfung des Jahresabschlusses</p>